

Undemokratische Mediensteuer

Die Koinzidenz der Abstimmung am 4. März 2018 über die Verlängerung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer mit «No Billag» zeigt beispielhaft auf, dass es bei der Abstimmung zu «No Billag» nicht um die Förderung der Medien an sich und auch nicht um die SRG geht, sondern um eine ordnungspolitische Fragestellung. Im Unterschied zu den tatsächlich unentbehrlichen Bundessteuern, deren Verzicht das Funktionieren des heutigen Bundesstaates grundsätzlich infrage stellen würde, hätte eine Annahme von «No Billag» keine derartige Auswirkung. Das Bewusstsein, dass die Verlängerung regelmässig dem Volk vorgelegt werden muss, sorgt aber dafür, dass es die Politik und die Bundesverwaltung mit ihrer Ausgabenfreudigkeit nicht übertreiben. Denn unbefristete Steuern überdauern historisch gesehen langfristig sämtliche politischen Veränderungen, wie man am Beispiel der Handänderungssteuer – ehemals Ehrschatz im 14. Jahrhundert – sehen kann. Mit gutem Grund wurden daher Absichten zu deren unbefristeter Verlängerung im Parlament bisher abgelehnt. Mit der äusserst knapp angenommenen Umwandlung der RTV-Haushaltsabgabe in eine Mediensteuer für alle Haushalte wurde nun aber eine neue unbefristete Steuer auf Gesetzesebene geschaffen, welche über keine direkte Verankerung in der Verfassung verfügt und die von Parlament und Bundesrat beliebig erhöht werden darf. Dies stellt einen eigentlichen Sündenfall in Bezug auf das direktdemokratische Selbstverständnis der Schweiz dar. Nicht die Abschaffung dieser Steuer ist undemokratisch, sondern deren Beibehaltung.

Jürg Lindenmann, Goldach

Schützenswerte Ortsbilder

Ob es «richtige» Strategien gibt, ist zweifelhaft. Wir sollten anerkennen, dass wir nicht die Wahrheit besitzen, sondern wir können uns einer richtigen Strategie allenfalls annähern. Ganz besonders gilt dies im Umgang mit dem Inventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz (Isos) und innerer Verdichtung von Städten, Gemeinden und Agglomerationen (NZZ 18. 1. 18). Hier drängt sich eine umgekehrte Fragestellung auf: Vor neuen Leitlinien für schützenswerte Ortsbilder sollten vielschichtige Strategien mit dem Ziel entworfen werden, eher anonym und abweisend wirkende Agglomerationen umzubauen und zu verdichten. In enger Koordination hiermit sind schützenswerte Ortsbilder vom Veränderungsdruck zu entlasten. Dank diesem Umbau könnten zudem neue und schöne Ortsbilder in den Agglomerationen entstehen, die nach dem Jahr 2070 vielleicht in das Isos aufgenommen werden. Diese quasi auf den Kopf gestellte Fragestellung bietet Chancen, dass das heutige Isos und die aktuellen Verdichtungsanliegen nach innen keine Gegensätze mehr sind. Übrigens wird

Korrigendum

zz. · Im Feuilleton-Text zu Hernán Ronzino (NZZ 24. 1. 18) wurde der Titel eines seiner Bücher falsch wiedergegeben. Der Titel lautet «Letzter Zug nach Buenos Aires» statt «Nachtzug nach Buenos Aires».

Jürg Luginbühl, Zürich

diese Umkehrstrategie als Stadtwerdung der Agglomeration bereits im Nationalen Forschungsprogramm «Neue Urbane Qualität» skizziert.

Jürg Sulzer, Zürich

Zu wenig attraktive Familienwohnungen

Zu den Ausführungen von Lucien Scherrer (NZZ 17. 1. 18) gäbe es vieles zu bemerken. An dieser Stelle nur das Folgende: Als Familie, die mit ihren Kindern in Zürich wohnen bleiben will, stellt man rasch fest, dass der freie Markt kaum familiengerechte Wohnungen bereitstellt, die den verbreiteten Wünschen vieler Eltern entsprechen (Nähe zum Zentrum und zu Schulen, viel Grün, wenig Autos, kindergerechte Aussenräume, gute Durchmischung, faire Mietzinsen). Geeignete Alternativen zu städtischen und genossenschaftlichen Wohnüberbauungen sind kaum auszumachen. Die attraktiven Wohnsiedlungen befinden sich fast ausnahmslos in der Hand der Stadt oder von Genossenschaften. Das ist kein Zufall: Ein Investor sucht die maximale Rendite, wohingegen bei städtischen und genossenschaftlichen Bauprojekten die maximale Lebenszufriedenheit der Bewohner im Zentrum steht. Solange sich daran nichts ändert, werden die Wartelisten bei diesen Bauträgern nicht kürzer werden. Wir selber hatten riesiges Glück und konnten 2010 in eine Neubauwohnung der Familienheim-Genossenschaft Zürich in der Siedlung Grünmatt einziehen. Es ist jeder Familie zu gönnen, dass auch sie in den Genuss solcher paradisiatischen Wohnformen kommt. Der freie Markt wird das garantiert nicht richten. Die bisherige Wohnbaupolitik in Zürich ist eine Erfolgsgeschichte und bedarf keiner Änderung.

Konrad Willi, Zürich

Lucien Scherrer gehört wegen seiner Nähe zu neoliberalen Gedankengut nicht zu meinen bevorzugten Autoren der NZZ. Mit seinem Beitrag zur sogenannten «Friesenberg-Connection» trifft er allerdings mit guten Gründen einen wunden Punkt rot-grüner Wohnungs- und Wohnbaupolitik – vergleichbar mit dem vor einiger Zeit erschienenen Artikel einer Bewegung, die sich Papizeit.ch nennt und Vorzugsbedingungen für ohnehin schon eher privilegierte Väter punkto Vaterschaftsurlaub für sich reklamiert. Wenn sich eine linksliberale Gemeinschaft von immerhin deutlich über 5000 Bewohnerinnen und Bewohnern mithilfe der rot-grünen Stadtregierung ein schönes Plätzchen am Friesenberg schafft, könnte das noch angehen, wenn dort wenigstens marktgerechte Landpreise und marktgerechte Mieten bezahlt würden. Da dies aber nicht der Fall ist, handelt es sich um steuerfinanzierte Klientelpolitik, die inakzeptabel ist. Was den mageren Ausländeranteil angeht, reicht es natürlich nicht, zu sagen, Ausländer seien nicht besonders «genossenschaftsaffin». Dann sollte man das eben aktiv ändern. Sonst gerät die «Friesenberg-Connection» zu Recht in den Ruch, vorwiegend ein «Chupfer-Wullä-Bascht-Grüpli» zu sein, welches sich seit rund 20 Jahren erfolgreich auf Kosten der Steuerzahler ein Biotop am Friesenberg eingerichtet hat. «Chupfer-Wullä-Bascht-Grüpli» stehen mir übrigens wesentlich näher als neoliberale Kreise. Allerdings habe ich in jenen Kreisen noch nie eine Ausländerin oder einen Ausländer angetroffen.

Jürg Luginbühl, Zürich

Alter Wein in neuen Schläuchen

Unter dem Porträt der neuen Patientenschützerin Susanne Hochuli (NZZ 17. 1. 18) steht: «Ich habe panische Angst vor Arztbesuchen.» Im Talmud steht: «Die Welt ist, wie wir sie sehen!» Christian Morgenstern in der letzten Zeile des Gedichts «Der Meilenstein» schreibt: «Erst das Auge schafft die Welt.» Hochuli mit ihrer panischen Angst muss uns erklären, wie sie – statt normaler Unsicherheit vor dem Arztbesuch – panisch wird, damit wir verstehen, warum sie die Welt so sieht, wie es in ihren Aussagen zum Ausdruck kommt. In einem Leserbrief kann ich nur auf wenige der von ihr genannten Punkte eingehen. Ich wähle die Zweitmeinung. Sie muss nicht betont und gar neu eingeführt werden. Schon 1963 erlebte ich als Assistenzarzt im Inselspital in Bern den Meinungsaustausch zwischen uns Ärzten als selbstverständlich. Jeden Freitag um 11 Uhr trafen der Chef Walter Hadorn, die vier Oberärzte und wir zwölf Assistenzärzte zusammen, um über die schwierigen Probleme unserer Patienten die Meinungen auszutauschen und zu einem gemeinsamen Schluss zu kommen. An keiner der von mir später erlebten Stellen war es anders. Natürlich gibt es wie in jedem Beruf Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen scheuen, die Meinung anderer Kollegen einzuholen. Auch alle unsere Weiter- und Fortbildungen, Qualitätszirkel, Supervisionen usw. dienen der Bildung von Zweit- und Mehrkopfmeynungen. Hochulis Idee zur Zweitmeinung kann man als gut gemeint verstehen, sie ist für uns Ärzte aber alter Wein in neuen Schläuchen – und zudem verbilligt sie die Medizin überhaupt nicht. Zur Erheiterung – es muss ja nicht immer todernt zugehen – noch eine Anekdote zur Zweitmeinung: Eine stark übergewichtige Frau geht zum Arzt, er nimmt ihre Geschichte auf, untersucht sie. Dann sitzen sich die zwei gegenüber, der Arzt schweigt eine Weile. Sie: Ich möchte Ihre Diagnose! Er: Also, Sie sind stark übergewichtig. Sie: Ich möchte noch eine Zweitmeinung. Er: Sie sind dazu auch noch sehr hässlich.

Prof. emerit. Dr. med. Rolf H. Adler, ehem. Chefarzt am Inselspital in Bern

Ich dachte, eine Patientenschützerin hat die Interessen der Patienten zu vertreten – und nicht das Credo ihres vorgehenden Jobs. Hochulis Tätigkeit im Aargauer Regierungsrat war ohnehin sehr umstritten, jetzt scheint sie diese linken politischen Anliegen auch hier zu vertreten. Die Einheitskasse wurde von den Stimmbürgern massiv abgelehnt, aber sie versucht diesen Unsinn wieder zu aktivieren. Eigenverantwortung wird als Modephrase aufgetischt, die Behauptung von 16 000 unnötigen Knieoperationen ist irrwitzig. Pauschalvergütungen bringen keine Gesundheitskostensenkungen. Das wurde ja schon bei den Fallpauschalen behauptet, alles hat sich verteuert. Statt einer echten Patientenvertreterin wurde hier eine Politikerin mit der üblichen Blabla-Rhetorik ausgewählt. Für mich völlig unverständlich. Nur gut, dass es noch ein «Konkurrenzunternehmen» gibt.

Roland Grüter, Luzern

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Tribüne

Netzneutralität ist trotz allem wichtig

Gastkommentar

von PHILIPP LUST

Kürzlich haben Michael Wade und Heidi Gautschi in einem Gastkommentar behauptet, dass bei der Netzneutralität «viel Lärm um nichts» gemacht werde (NZZ 12. 1. 18). Leider sind die angeführten fünf Punkte, die so gerne von den Telekom-Lobbys vertreten werden, durchwegs verkürzt bis falsch.

Erstens war die Netzneutralität früher so selbstverständlich, dass sie gar nicht erwähnt werden musste: Der Kunde hat seinen Internetprovider bezahlt, damit er über ihn in das Internet gelangt und so sämtliche Internetadressen und -angebote erreicht.

Erst die wachsende Attraktivität des Internets, gepaart mit der Profitabilität der grossen innovativen Internetunternehmen, hat dazu geführt, dass die blossen und weniger innovativen Provider stärker an der Wertschöpfung im Internet teilhaben wollten. So entstand die Idee, dass der Provider seinem Kunden prioritär seine eigenen Dienste wie z. B. Video-Streaming anbietet. Im Gegenzug könnte er Abrufe von Youtube nötigenfalls bremsen oder Zusatzgebühren einheben, damit dieser bisher fragte und daher wertvolle Dienst auch wirklich flott funktioniert.

Insoweit führt Nicht-Netzneutralität primär dazu, dass der lokale Provider seine Marktmacht über die Internetanbindung auf die im Internet abgerufenen Inhalte ausdehnt – und damit den Gedanken eines globalen und offenen Netzes pervertiert. Ausserdem kann er die Kosten des Netzausbaus reduzieren und sein Netz leichter «überbuchen», wenn er bei Überlastung einfach gewisse Anfragen stärker drosselt, anstatt seine Kapazitäten zu erweitern.

Zweitens hindert eine Netzneutralität keinesfalls daran, günstige, allgemein langsame oder vom Datentransfer beschränkte Angebote von teuren und schnellen Anbindungen zu unterscheiden. Sie verhindert lediglich willkürliches Ausbremsen und inhaltliche Zensur durch den Provider.

Drittens entsteht Kostenwahrheit nur, wenn der Kunde für die Datentransportleistung zahlt und diese auch erhält. Wenn ich die Übertragung von 1 Gigabyte Daten mit einer bestimmten Geschwindigkeit kaufe, kann es dem Provider egal sein, ob ich damit E-Mails sende oder Filme schaue. Es geht ihn vielmehr gar nichts

Es ist eine Illusion, dass höhere Einnahmen der Provider primär für zügigen Netzausbau eingesetzt werden.

an, was ich mache. Auch der Briefträger hat kein Recht, meinen Brief zuerst zu öffnen, um danach anhand von dessen Inhalt zu entscheiden, ob er rasch oder langsam zugestellt wird.

Viertens ist es eine Illusion, dass höhere Einnahmen der Provider primär für zügigen Netzausbau eingesetzt werden. Vielmehr führen die netztypischen Oligopolstrukturen in jüngerer Zeit europaweit dazu, dass Kostenvorteile durch neue Techniken kaum an die Kunden weitergegeben werden. Stattdessen werden die Abonnements trotz amortisierten Netzen eher teurer als billiger.

Die Investitionen im Festnetz sind seit einem guten Jahrzehnt mässig. Gleichzeitig bleibt das jahrzehntealte Telefonkabel – um verhältnismässig günstige digitale Beschaltungstechniken wie DSL ergänzt – auf absehbare Zeit das typische Anschlussmedium. Paradoxerweise ist mittlerweile ähnlich wie in Entwicklungsländern vielfach die technisch inferiore, aber günstiger herstellbare Funkanbindung rascher als das alte Kabel.

Fünftens ist gerade bei Netzzusammenschaltung samt Netzneutralität staatliche Intervention nötig: Durch immer attraktiverer Angebote im globalen Internet entsteht ein positiver Netzwerkeffekt, der die Anbindung des lokalen Internetproviders wertvoller macht. Netzneutralität stellt sicher, dass dieser eigenleistungsunabhängige Effekt der Allgemeinheit zugutekommt.

Da der Provider die Leistung des Datentransports ohnehin abgeboten erhält, gibt es keinen Grund, ihn auch den positiven Netzwerkeffekt dank seiner Marktmacht gewinnerhöhend internalisieren zu lassen. Vielmehr würde genau das die bisher erlebte Innovationskraft im Internet künftig bremsen und somit der Volkswirtschaft schaden.

Philipp Lust lebt als Jurist in Wien. Er ist Autor des Buches «Telekommunikationsrecht im Überblick» (Facultas, 2. Auflage 2015).

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 239. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:
Eric Gujer
Stellvertreter:
Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Andreas Schärer, Thomas Stamm, Daniel Wechlin
International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andros Wylsing, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Nina Beltz, Marie-Astrid

Langer, Christian Weisflog, Daniel Steinvorth, Ivo Minjsen, Dominique Burckhardt

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Christina Neuhaus, Marcel Gyr, Paul Schneebberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Daniel Gerry, Frank Sieber, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli, Lucien Scherrer
Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Valerie Zaslavski
Bundesgericht: Kathrin Alder
Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Röttli Ruckic, Andrea Martel Fus, Gerald Hosp, Giorgio V. Müller, Michael Forber, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlöhner, Daniel Inwinklerlied, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jürg Müller, Dominik Feldges

Feuilleton: René Scheu, Angela Schader, Claudia Schwartz, Thomas Ribli, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier
Medien: Rainer Stadler

Zürich: Irène Troxler, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Urs Bühler, Walter Bernet, Stefan Hotz, Adi Kälin, Katja Baigger, Fabian Baumgartner, Jan Hudec

Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wändler, Philipp Bärtsch, Samuel Burgenner, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt, Birgit Schmid, Matthias Sander

Nachrichtenredaktion: Manuela Nyffenegger, Katrin Schreggenberger, Raffaella Angstmann, Tobias Ochsenein, Michael Schilliger, Katrin Klette

Produktionsredaktion: Christoph Fisch, Caspar Hesse, Manuela Kessler, Corinne Landolt, Martina Lüthli, Benno Matti, Lucie Paška, Roland Tellenbach, Stefan Reis Schweizer, Robin Schwarzenbach

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholtz, Reto Gratwohl

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann, Fotografen: Christoph Ruckstuhl, Blattplanung: Philipp Müller, René Sommer, Produktion/Layout: Hansruedi Frei, Korrektorat: Yvonne Bettischen, Archiv: Ruth Haener, Storytelling: David Bauer, Video: Sara Maria Manzo, Projekte: André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle, NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Luzi Bernet, NZZ Folio: Daniel Weber, NZZ TV / Format: Silvia Fleck, NZZ Geschichte: Peter Teuwissen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Jörg Schnyder (a. i. Vorsitzender Unternehmensleitung)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, Fax +41 44 258 10 70, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWS)

NZZ Print & Digital: 715 Fr. (12 Monate), 65 Fr. (1 Monat)
NZZ Digital Plus: 528 Fr. (12 Monate), 48 Fr. (1 Monat)
NZZ Wochenend Print: 319 Fr. (12 Monate), 29 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 517 € (12 Monate), 47 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 836 Fr. (12 Monate), 76 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

Studenten und Lernende: 50 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 11. 2017

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittleit.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 113 073 Ex. (Wemf 2017)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors